

# Initiative gefährdet regionales Gesundheitswesen

**Limmattal** Ja zur Masseneinwanderungs-Initiative würde auch hiesige Gesundheitsinstitutionen in arge Bedrängnis bringen

VON SOPHIE RÜESCH

Fast keine andere Branche ist von ausländischem Personal so stark abhängig wie der Gesundheitssektor. Eine älter werdende Gesellschaft, ein Mangel an Ausbildungsplätzen im Inland und eine immer komplexer werdende und damit zunehmend personalintensive Medizin führen bereits heute zu einem Fachkräftemangel. Ohne die uneingeschränkte Möglichkeit, im Ausland zu rekrutieren, wären die Gesundheitsinstitutionen nicht fähig, die heutige Versorgungsqualität aufrechtzuerhalten.

Kontingente zur Einschränkung der Zuwanderung von ausländischen Arbeitskräften, wie es die SVP-Initiative gegen die Masseneinwanderung fordert, wären für die Gesundheitsinstitutionen deshalb eine Katastrophe. H+, der Verband Schweizer Spitäler, Kliniken und Pflegeinstitutionen, lehnt die Initiative ab. Das erstaunt wenig, bildet die Schweiz gemäss

**«Wir würden aus unternehmerischer Sicht vor einem grossen Problem stehen.»**

**Matthias Gehring,**  
Leiter Human Resources  
im Spital Limmattal

bundesrätlicher Schätzung doch jährlich nur 700 bis 800 der 1200 bis 1300 benötigten Ärztinnen und Ärzte aus. «Wir würden aus unternehmerischer Sicht vor einem grossen Problem stehen», sagt auch Matthias Gehring, Leiter Human Resources im Spital Limmattal.

**Rekrutierung würde aufwendiger**

436 Angestellte des «Limmi» sind heute Ausländer, das entspricht etwas mehr als einem Drittel der gesamten Belegschaft. Über zwei Drittel dieser Personen stammen aus EU-Ländern. Wie das Spital auf eine Umsetzung der Initiative reagieren würde, kann Gehring zurzeit noch nicht abschätzen. Klar ist jedoch, dass die Personalrekrutierung langwieriger und administrativ aufwendiger würde. Mit dem vorgesehenen Kontingentsystem, das auch unbeeinflussbare Faktoren wie das Asylwesen beinhaltet, müsste der Bedarf für jede ausländische Arbeitskraft ausgewiesen werden, inklusive Begründung, wieso keine geeigneten Schweizer rekrutiert werden konnten.

Auch ohne eine Drosselung der



Mehr als ein Drittel der Belegschaft des Spitals Limmattal sind Ausländer. Ohne sie würde der Betrieb nicht funktionieren.

EMANUEL FREUDIGER

Einwanderung sieht sich das Spital bereits mit Rekrutierungsproblemen konfrontiert, besonders beim hoch qualifizierten Personal. In der jüngeren Vergangenheit hatte das «Limmi» wiederholt Probleme, Stellen neu zu besetzen. Die Folgen von verbesserten Arbeitsbedingungen im Herkunftsland und das nicht grenzenlose Vorhandensein von migrationswilligen ausländischen Fachkräften spürt das Spital schon heute: «Unser Hauptproblem ist nicht, dass wir Personal aus dem Ausland rekrutieren müssen, sondern dass diese Quelle zusehends versiegt», sagt der Personalchef.

Zeitraubende Zulassungsverfahren würden die Personalgewinnung zusätzlich erschweren. «Bei der Re-

krutierung von Fachpersonal ist Zeit der entscheidende Faktor. Kann man einen Kandidaten nicht sofort begeistern und anstellen, hat man ihn morgen unter Umständen schon verloren», erklärt Gehring.

Doch nicht nur beim hoch qualifizierten Personal ist ein Betrieb, wie er heute möglich ist, mit weniger ausländischen Arbeitskräften unvorstellbar. Der Grossteil der Ausländer im «Limmi» arbeitet in Funktionen, die für Schweizer schlicht zu wenig attraktiv sind. Anders als Hochqualifizierte müsse man diese zwar nicht im Ausland suchen gehen. «Die meisten Mitarbeitenden werden nicht direkt aus dem Ausland angestellt. Sie sind sowieso schon hier», sagt Gehring. Doch

auch diese selbstverständliche Verfügbarkeit wäre durch die Initiative gefährdet.

**Medizin wird personalintensiver**

Zudem steigt der Bedarf an Gesundheitsleistungen stetig. Mitverantwortlich dafür sind die Überalterung der Gesellschaft, ein Mangel an inländischem Nachwuchs, einhergehend mit komplexeren Behandlungsmethoden und steigenden Ansprüchen an die Medizin. Heute erwarte jeder für sich die bestmögliche Behandlung seiner Krankheit und eine Gesundheitsversorgung auf dem neusten Stand der Wissenschaft und Technik, sagt Gehring. «Allen Bedürfnissen gerecht werden zu wollen, ist enorm personalintensiv.»

Das Argument der Initiativen-Befürworter, dass es mit einer Einschränkung der Zuwanderung weniger Patienten gebe, ergo weniger Personal erforderlich wäre, möge auf den ersten Blick logisch erscheinen. Viele Arbeiten in einem Spital seien jedoch nicht direkt von der Zahl der Patienten abhängig, so Gehring: «Das sind fix anfallende Arbeiten wie etwa das Instandhalten der Infrastruktur.»

Nicht zuletzt würde sich die Schweiz mit einer Kontingentierung auch die immer wichtiger werdenden Sympathien potenzieller Bewerber aus dem Ausland verscherzen. Gehrings abschliessendes Verdikt ist eindeutig: «Die Annahme der Initiative würde dem Spital klar zusätzliche personelle Probleme verursachen.»

## Care-Migrantinnen droht Verdrängung in Schwarzmarkt

**Limmattal** Im Gesundheitswesen wäre nicht nur das Spital Limmattal von einer Kontingentierung der ausländischen Arbeitskräfte betroffen.

VON SOPHIE RÜESCH

Nicht nur Spitäler sind auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen, auch andere Gesundheitsinstitutionen könnten ihre Leistungen mit inländischem Personal alleine nicht bewältigen. Das Haus für Betagte Sandbühl in Schlieren müsse zwar nicht aktiv im Ausland rekrutieren, trotzdem sind rund die Hälfte der rund 100 Angestellten zumindest ausländischer Abstammung, wie Christof Langhart, Leiter Pflege und Betreuung, erklärt. Einige von ihnen seien jedoch mittlerweile eingebürgert. Auch Langhart sieht den Pflegebetrieb durch Einwanderungs-Kontingente gefährdet. Er erinnert sich an die Zeit vor der Personenfreizügigkeit: «Das Warten auf Kontingentsplätze war manchmal ein grosses Hindernis bei der Suche nach Personal.»

Weniger Sorgen um das Abstimmungsresultat macht sich Christoph Schwemmer, Leiter des Dietiker Alters- und Gesundheitszentrum

(AGZ). Auch im AGZ arbeiten zwar einige Ausländerinnen und Ausländer, sowie auch einige eingebürgerte Angestellte. Doch das Anstellungskriterium, Deutsch aktiv und Mundart passiv zu beherrschen, Sorge bei ihnen automatisch für einen Ausländeranteil, «der sich im Rahmen hält».

**Wettbewerb würde stärker**

Präsident Jürg Brändli befürchtet, dass eine Annahme der Initiative auch auf den Betrieb der Regiospitex Limmattal negative Auswirkungen haben könnte. Zurzeit seien bei ihnen einige Mitarbeiter mit Migrationshintergrund angestellt, genaue Angaben, wie viele von ihnen eingebürgert sind, hat Brändli jedoch nicht. «Mit einer Kontingentierung

würde die Personalrekrutierung sicher schwieriger. Es stellt sich schon die Frage, ob wir unseren Versorgungsauftrag noch wahrnehmen könnten», sagt Brändli. Denn: Würden Kontingente den Fluss von ausländischen Arbeitskräften regeln, werde der Wettbewerb unter allen Gesundheitsdienstleistern verstärkt. «Doch wir werden natürlich auch als gemeinnützige Organisation im Rahmen unserer Möglichkeiten versuchen, ein attraktiver und interessanter Arbeitgeber zu bleiben», sagt er.

**Verschiebung auf Privathaushalt**

Immer wichtiger wird auf dem Betreuungsmarkt zudem die sogenannte Care-Migration. Als Care-Migrantinnen werden Frauen beschrieben, die wochenweise oder für ein paar Monate Pflegebedürftige in deren Privathaushalt betreuen – oft bis zu deren Tod. Die Nachfrage nach auslän-

dischen Privatbetreuerinnen ist unter anderem im Rahmen der Bewegung weg von der stationären und hin zur ambulanten Pflege gestiegen. Ein grosser Teil der Care-Migrantinnen stammt zudem aus Osteuropa; entsprechend ist deren Zahl seit der Erweiterung der Personenfreizügigkeit im Jahr 2011 gestiegen.

Erhebungen zur Anzahl der Care-Migrantinnen gibt es auf kantonaler oder regionaler Ebene zwar keine, weil viele von ihnen entweder schwarz arbeiten oder aufgrund ihres befristeten Arbeitsaufenthalts durch die statistischen Maschen fallen. Laut Expertin Jasmine Truong, die im Auftrag der Stadtzürcher Fachstelle für Gleichstellung die Informationsplattform [www.careinfo.ch](http://www.careinfo.ch) aufgebaut hat, gehen Fachleute jedoch davon aus, dass es in der Schweiz mittlerweile mehrere tausend Care-Migrantinnen gibt.

Zumindest die Meldepflichtigen wären von einem Ja zur Initiative zwar nicht direkt betroffen. Truong warnt aber, dass die Betreuerinnen, die heute eine Aufenthaltsbewilligung besitzen, durch die Kontingen-

tierung in den Schwarzmarkt verdrängt werden könnten. Zudem: Die heute schon praktizierte Strategie der Betreuungsagenturen, die Frauen nur befristet anzustellen, könnte bei einer Annahme verstärkt verfolgt werden. «So behalten die Vermittlungsagenturen sehr kurze Kündigungsfristen und können gleichzeitig die Kontingentvorschriften umgehen. Das bedeutet grosse Arbeitsunsicherheit für Care-Migrantinnen», sagt Truong.

Die Nachfrage nach Care-Migrantinnen werde aber durch eine Kontingentierung nicht abnehmen, ist sich Truong sicher. Denn der Kundenwunsch nach intensiverer und persönlicherer Betreuung, als das etwa die zunehmend unter Zeitdruck stehenden Spitex-Pflegefachleute gewährleisten können, bleibe bestehen. Und gerade im Hinblick auf die noch jungen Enttabuisierungsbestrebungen auf regionaler und nationaler Ebene fände Truong «es kontraproduktiv, wenn die Care-Migrantinnen mit einem Ja zur Masseneinwanderungs-Initiative weiter kriminalisiert würden».